

CDU Fraktion in der Lübecker Bürgerschaft

Informationen der Fraktion

03 | 24

08. JULI 2024



Liebe Freunde der CDU,

in der letzten Bürgerschaftssitzung am 27. Juni 2024 ging es heiß her, was nicht nur an den tropischen Temperaturen von gefühlten 30 Grad lag.

Besonders der Masterplan Klimaschutz erhitze die Gemüter. Es gab einen interfraktionellen Änderungsantrag, der dann auch beschlossen wurde.

Ein wesentlicher Tenor des Antrags war, dass Lübeck keine eigenen Lübecker Standards benötigt! Es gibt bereits ausreichend viele Standards auf Bundes- und Landesebene. Eigene Standards haben nur Sinn, wenn sie den Verwaltungsaufwand minimieren!

Im Namen der gesamten Bürgerchaftsfraktion möchte ich mich für das in uns gesetzte Vertrauen bedanken und wünsche Ihnen eine erholsame Sommerzeit.

Ihr

Fraktionsvorsitzender

Masterplan Klimaschutz

Da wünscht sich die Verwaltung z.B. einen eigenen Lübecker Materialstandard für private Neubauten!

Würden wir hier dem Wunsch der Verwaltung folgen, würde das Bauen in Lübeck noch teurer werden und der Verwaltungsaufwand gesteigert.

Alle sprechen davon, dass Vorschriften und auch die Standards vereinfacht werden sollen, um mehr Wohnungsbau zu erreichen – nur in Lübeck sollen jetzt auch noch Materialien vorgeschrieben werden.

Dies ist einer der Punkte, den wir dank der Zusammenarbeit mit unseren Partnern stoppen konnten.

„Wir wollen die Bürger und Bürgerinnen nicht unnötig belasten oder bevormunden und das Bauen noch teurer machen. Noch mehr Bürokratie braucht keiner von uns“, so Christopher Lötsch, Vorsitzender der CDU-Bürgerchaftsfraktion und „wie gesagt, man muss auch die Kosten im Blick haben und sich nicht in den Details verlieren, sondern stattdessen Maßnahmen umsetzen, die einen möglichst großen Wirkungsgrad haben.“

Wir als CDU-Fraktion haben immer schon die Meinung vertreten, dass die Klimaneutralität 2035 nicht erreicht werden kann.

Wir sind aber überzeugt, dass sie so schnell wie möglich erreicht werden muss!

Da müssen die großen Projekte angefasst werden.

Wie soll die Stadt mit Energie und Wärme versorgt werden?

Wie soll es den Bürgern und Bürgerinnen ermöglicht werden den gesetzlichen Forderungen des Bundes gerecht zu werden?

Insoweit muss das Stromnetz für den zukünftigen erhöhten Bedarf (z.B. Wärmepumpen, Ladestationen) ausgebaut werden. In vielen Bereichen muss es ein Fernwärmeangebot geben.

„Es ist eins, im Bund das Ende der Nutzung der fossilen Brennstoffe zu beschließen, aber vor Ort eine bezahlbare Energie- und Wärmeverversorgung zu schaffen, ist etwas anderes. Hier müssen wir anpacken“, so Christopher Lötsch.

Projekt Housing First

Das Projekt Housing First soll als ein weiterer Baustein das Konzept der Wohnraumhilfe ergänzen.

Ein interfraktioneller Haushaltsbegleitbeschluss von CDU, FDP und Bündnis 90 / Grüne wird damit umgesetzt.

Michelle Akyurt, sozialpolitische Sprecherin der CDU-Bürgerchaftsfraktion, zeigt sich sehr erfreut: „Unser unermüdlicher Einsatz hat sich gelohnt. Das Projekt Housing First ist ein großer Schritt für in Not geratene Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.“

Diesen Menschen soll über den Projektzeitraum insgesamt zehn Wohnungen mit einem direkten unbefristeten Mietvertrag zur Verfügung gestellt werden.

Housing First soll niedrigschwellig und damit ohne große Hürden von den in Not geratenen Menschen genutzt werden können.“



Schülerticket kommt zum 1.8.

„Das 29-Euro Bildungsticket bedeutet eine enorme Entlastung für Familien und fördert das Bewusstsein für den ÖPNV. Das ist gut. In Zeiten zunehmend angespannter Haushalte bleibt es eine Herausforderung für die nächsten Haushaltsplanungen“, so Jens Zimmermann, stellvertretender schulpolitischer Sprecher.

Ebenerdige Querung St. Jürgen Ring / Mönkhofer Weg

Ein Angstraum weniger! Die Arbeiten werden im Herbst beginnen, die Fertigstellung der ebenerdigen Querung soll 2025 erfolgen.

Christopher Lötsch: „Wir freuen uns, dass diese Maßnahme endlich umgesetzt wird. Der Tunnel, der jahrelang ein Angstraum war, entfällt. Insbesondere für ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen ist die geplante Lösung eine längst überfällige Maßnahme.“

Geplant ist, den Knotenpunkt mit einer Ampelanlage auszustatten, so dass Fußgänger und Radfahrer zukünftig barrierefrei queren können und dies ohne zusätzliche Staus zu verursachen.

Barrierefreie Zuwegung zum Bürgerservicebüro Meesenring

Seit Jahrzehnten wird auf die Sanierung des Meesenringes gewartet. Im September 2023 hatten die Fraktionen von CDU, FDP und Grünen Gelder in den Haushalt der Hansestadt Lübeck eingestellt und wollten so die Sanierung für das Jahr 2024 ermöglichen.

Nur sah die Verwaltung die Dringlichkeit bisher nicht. Mit einem Beschluss haben wir erneut klargestellt, dass die Dringlichkeit besteht!

So wird die Barrierefreiheit und damit der Meesenring nun endlich mit der gebotenen Priorität behandelt werden.

Radwege

Mittels einer Machbarkeitsstudie soll aufgezeigt werden, ob und ggf. wie ein parallel zur B 207 verlaufender Radweg vom Hochschulstadtteil zum Flughafen realisiert werden kann.

Zusammen mit unseren Partnern hatten wir im September 2023 einen entsprechenden Haushaltsbeschluss gefasst.

Die Machbarkeitsstudie wurde bisher nicht durchgeführt, mit der Begründung, dass dies in weiten Teilen in der Zuständigkeit des Landes liege.

Die Bürgerschaft hat nun auf aufgrund eines interfraktionellen Antrags von CDU, FDP und Grünen klargestellt, dass diese Machbarkeitsstudie durchgeführt werden muss.

Sporthalle Falkenwiese

Die Sporthalle ist seit Jahren überfällig. Jetzt kommt Bewegung ins Spiel. Es gibt eine Lösung in direkter Nachbarschaft zum Vereinsgelände. Es wird nun eine Zweifelhalle entstehen, die den Bedarf der Schulen decken soll.

„Unsere Fraktion begrüßt diese Alternativlösung und wünscht eine zeitnahe Realisierung“, so Jens Zimmermann, stellvertretender schulpolitischer Sprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion.



Graffiti

Barbara Steffen, Mitglied der CDU-Bürgerschaftsfraktion „Irgendwie scheint unser Anliegen, unsere Stadt vor Vandalismus und Schmierereien zu bewahren, dem Bürgermeister nicht so wichtig zu sein. Es passiert einfach nichts.“

Im Hauptausschuss vom 23. Mai 2023 wurde der Bürgermeister von uns beauftragt, aktiv zu werden. Zusätzlich wurde auf Antrag von CDU, Grünen und FDP im Haushalt 2024 Geld zur Verfügung gestellt, um einen organisatorischen Rahmen zu schaffen.

Ziel sollte es u.a. sein:

- die Koordinierung der Meldungen, Beseitigungen, Informations- / Aufklärungsarbeiten.
- Sicherzustellen, dass die jeweilige Beseitigung an städtischen Flächen innerhalb von 5 Tagen (an privaten Flächen innerhalb von 2 Wochen) durchgeführt werden kann.
- Präventionsarbeit an Schulen und Jugendeinrichtungen.
- Weitere legale Flächen für die Anbringung von Graffiti auszuweisen.